

Berliner Europadialog
„Zurück in die Zukunft? Europa und die Kleinstaaterei“
6. Februar 2018 in der Freien Universität Berlin

Am 6. Februar 2018 fand im Henry-Ford-Bau der Freien Universität Berlin der Berliner Europadialog mit dem Thema „Zurück in die Zukunft? Europa und die Kleinstaaterei“ statt. An der Veranstaltung nahmen insgesamt rund 100 Interessierte teil, darunter auch viele Studierende. Neben den Gästen im Saal wurden auch zahlreiche Personen über den Live-Streams erreicht. Auf dem Podium diskutierten **Bart Biesemans**, freier Journalist aus Belgien, **Jan Diedrichsen**, Vorsitzender der Gesellschaft für bedrohte Völker sowie **Prof. Dr. habil. Sabine Riedel**, Stiftung Wissenschaft und Politik. Die Moderation übernahm **Prof. Dr. Tanja A. Börzel**, Inhaberin des Jean Monnet Lehrstuhls und Leiterin der Arbeitsstelle Europäische Integration, Freie Universität Berlin. Die Veranstaltung wurde kooperativ organisiert vom **Dokumentationszentrum Vereinte Nationen – Europäische Union der Freien Universität Berlin**, dem **Europäischen Informationszentrum Berlin** (Träger: Deutsche Gesellschaft e. V.), sowie der **Europa-Union Berlin e. V.**

Die Moderatorin eröffnete die Diskussion, indem sie die Aktualität und Vielseitigkeit des Themas betonte. Die Unabhängigkeitsbewegung Kataloniens sei zurzeit in aller Munde, aber auch in vielen anderen Ländern der EU gebe es separatistische Tendenzen. Nach einer kurzen Vorstellung der Podiumsgäste und ihrem Bezug zum Thema warf Börzel die Frage in den Raum, ob Europa Teil der Lösung oder Teil des Problems sei. In ihrem Auftaktstatement berief sich Riedel auf ihre wissenschaftliche Perspektive und 20 Jahre Forschungserfahrung zu den Themen Regionalismus und Separatismus. Für sie seien in diesem Kontext die zentralen Begriffe „Souveränität“, „EU-Reformen“ und „Solidarität“. Gleichzeitig hinterfragte sie, ob es bei der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien nicht primär um wirtschaftliche Interessen gehe. Diedrichsen hingegen sprach sich ausdrücklich gegen eine Reduzierung auf die finanzielle Frage aus, da es sich um ein sehr emotionales Thema handle. Zum Abschluss der Auftaktstatements lies Biesemans seine Erfahrungen aus Belgien einfließen. Die regionalen Unterschiede zwischen Flandern und Wallonien seien zwar teilweise sehr groß, doch die EU erleichtere diesen Separatismus. Mit Bezug auf Belgien stellte er fest: „Man kann bis zu einem bestimmten Punkt Separatismus anstreben, aber dann wird es schwierig.“ Denn das Schottland-Referendum habe gezeigt, dass die EU Unabhängigkeitsbewegungen nicht unterstütze. Im Falle einer Abspaltung vom Nationalstaat scheidet die jeweilige Region auch aus der EU aus. Zur Wiederaufnahme müsse dann das normale Verfahren durchlaufen werden, es handle sich gewissermaßen um eine „innere EU-Erweiterung“.

Im weiteren Verlauf der Diskussion stand unter anderem die Wahrnehmung des **Europas der Regionen** im Mittelpunkt. Bei diesem Konzept steht die Förderung regionaler Eigenständigkeit im Mittelpunkt. In Deutschland haben die einzelnen Bundesländer dank des föderalen Systems verhältnismäßig viele Mitspracherechte. In Zentralstaaten hingegen gibt es für die Regionen kaum Möglichkeiten der Partizipation. Diedrichsen kritisierte, dass „nur wer wirklich am Ratstisch sitzt, Einfluss nehmen kann.“ Deshalb kämen die Regionen eben oft zu kurz. Zwar habe man bereits durch die Einrichtung des **Ausschusses der Regionen (AdR)** versucht, den Regionen auf europapolitischer Ebene eine Stimme zu geben, allerdings sei dieser Ausschuss sehr heterogen und dadurch kaum handlungsfähig. Diedrichsen vertat zudem die Ansicht, dass der Europäische Rat kein echtes Interesse an der Stärkung des AdR habe, da er seinen Einfluss sichern wolle.

Riedel brachte einen weiteren sehr wichtigen Aspekt ins Gespräch - sie erinnerte daran, dass das europäische Projekt ursprünglich als Friedensprojekt entstanden sei, dessen Ziel der **Abbau von Grenzen** war. Die Forderung nach neuen Grenzen widerspräche dieser Idee grundsätzlich. Ihrer Meinung nach sei ein „Festhalten am jetzigen Projekt – dem Abbau der Grenzen – besser.“ Außerdem befeuere der Anspruch auf bestimmte Gebiete eher Nationalismus-Tendenzen.

Die Gäste im Publikum nutzen im Anschluss an das Gespräch auf dem Podium die Gelegenheit, ihre Fragen an die Diskutantinnen und Diskutanten zu richten. So wollten sie zum Beispiel wissen, was die Experten davon hielten, wenn man die durch den Brexit freiwerdenden Sitze im europäischen Parlament durch transnationale Listen besetzen würde. Dieser Vorschlag stieß allerdings nicht auf große Zustimmung, da er wenig erfolgversprechend sei. Unmittelbar nach der Veranstaltung wurde diese Idee durch einen Parlamentsbeschluss ohnehin wieder verworfen, da man sich auf eine anderweitige Verteilung der Plätze einigen konnte.

Aus dem Publikum wurde zudem auch die Kritik laut, dass von der EU nicht deutlich genug kommuniziert worden sei, was im Falle eines Austritts aus dem Nationalstaat genau passieren würde. Auch die Bewertung von Junckers Visionen für die EU war den Teilnehmenden ein wichtiges Anliegen, ebenso wie die Frage, welche Werte die EU im Inneren eigentlich zusammenhalten und man die „Vielfalt in der Einheit“ wahren könne.